

LESERBRIEFE

Erste Erfahrungen mit dem KESR

Im Dezember 2014 habe ich im Nationalrat ein Postulat eingereicht, das verlangte, dass der Bundesrat in Bezug auf das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht KESR kantonale Umsetzungen in diversen Bereichen vergleichen solle. Einige andere Vorstösse zielten in dieselbe Richtung. Nach dem Studium des Berichts über die ersten Erfahrungen mit dem KESR zeigt sich, dass die Vorstösse durchaus Druck auf den Bundesrat und die Behörden gemacht haben.

Der Bundesrat verweist zwar darauf, dass es in vielen Punkten keinen gesetzgeberischen Bedarf gäbe. Er ist jedoch bereit, gewisse Anpassungen zu prüfen. So z.B. sollen nahe stehende Personen in allen Phasen des Verfahrens besser mit einbezogen werden. Auch favorisiert er eine Parlamentarische Initiative, die nächstens im Nationalrat behandelt wird, die verlangt, dass die heute abschliessende Liste von Personen, die von gewissen Pflichten befreit sind, nicht mehr abschliessend formuliert ist. So wird die Arbeit von privaten Beiständen erleichtert.

Ich bin zwar nicht einverstanden mit dem Bundesrat, dass sich seit der Einführung des neuen KESR die Kosten nicht erhöht haben. Es seien früher nicht alle Kosten mit einberechnet worden. Bei vielen Gemeinden haben sich die Kosten trotzdem seit 2013 teilweise bis zu 60 Prozent erhöht.

Bei vielen Punkten verweist der Bundesrat auf die Zuständigkeit der Kantone. Ich hoffe, dass diese den Bericht zum Anlass nehmen und von ihren Behörden Verbesserungen verlangen.

Ganz wichtig ist, dass mehr Behörden als bisher über die angeordneten Massnahmen informiert werden müssen. So soll künftig auch die Gemeinde informiert werden und ein Lehrer, der eine Gefährdungsmeldung bei einem Schüler gemacht hat, kann so eine Rückmeldung erhalten. So kann das Kind optimal behandelt werden und der Lehrer tappt nicht im Dunkeln über die Massnahme.

Albert Vitali,
Nationalrat FDP, Oberkirch



ANNO DAZUMAL

Unser Bild vom 5. September 1928 zeigt den erfolgreichen Turnverein Zell beim Turnfest in der eigenen Gemeinde. Es wurde zur Verfügung gestellt von Franz Wüest, Zell.

Vom Brüsseler Schattenboxen zum Schaulaufen

Politisch Interessierte erinnern sich sicher an die gemeinsame Strategie «Stärkung der bürgerlichen Mitte» mit den damaligen Parteipräsidenten Darbellay (CVP), Müller (FDP) und Brunner (SVP) zwecks wirksamer Parlamentsentscheide. Doch leider verkam diese Absicht zu einem kläglichen Kurzprogramm. Für die spektakuläre grosse EU-Kür holte sich Bundesrat Burkhalter (FDP) völlig linksstehende Trainer (bis zur neuesten EU-Chefunterhändlerin Pascal Baeriswyl), um ein Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz durchzudrücken. Dazu gesellte sich in parteipolitischer Abweichung auch noch Bundesrätin Doris Leuthard (CVP).

Und nun ist unsere Bundespräsidentin zum EU-Kommissionschef Juncker nach Brüssel gepilgert, um ihm Zugeständnisse für die Schweiz in der verfahren Situation abzurufen. Ganz clever wird sofort nach diesem Gipfeltreffen das Ende der Blockade aller hängigen bilateralen Dossiers verkündet. Der schlaue Juncker erhofft sich mit seiner

Geste, dass das Schweizervolk dann gutwillig mittels Rahmenvertrag einer Anbindung an die EU zustimmen werde, wie von der EU gewünscht (nicht befohlen). Selbstverständlich sollen allfällige Meinungsdivergenzen vom EU-Gerichtshof entschieden werden. In den Medien hat der Paarlauf Leuthard/Juncker teilweise gepunktet, weil dies vom Aussenminister Burkhalter und seiner Entourage minutiös vorbereitet wurde.

Dieser Medienauftritt des angeblichen Siegerpaares Leuthard/Juncker sei Schall und Rauch, wertet FDP-Ständerat Philipp Müller. Ins gleiche Horn stossen etliche Politgrössen aller Couleurs, denn eine automatische Übernahme von EU-Recht werde in einer Volksabstimmung bei Herr und Frau Schweizer keine Chance haben. Im Gegenteil. Der Bundesrat soll ein solches Rahmenabkommen abwehren. Lob kommt selbstverständlich von linker Seite, deren Handlungsweise und Zentralismus mit der EU weitgehend übereinstimmt. Nur, es dürfte kaum ratsam sein, an einem Schiff festzumachen, das

keinen klaren Kurs fährt, und wo Meutereien bereits erkennbar sind.

Es darf nicht passieren, dass die Schweiz wieder über den Tisch gezogen wird, wie dies mit Ex-Bundesrätin Widmer-Schlumpf bei der Schleifung des internationalen Bankgeheimnisses vorgeführt wurde. Drohungen des IWF, der OECD und anderer Gremien sind zu ignorieren. Damals profitierte Amerika vom Nachgeben der Schweiz. Nach Drohungen im Finanzplatz-Krieg, die Schweiz werde vom Dollar abgekoppelt, wenn sie nicht pariere, stieg Amerika weltweit zur grössten Steueroase auf. Alle beteiligten Nationen wurden zum Narren gehalten, indem die USA befahlen und drohten, um dann am Ende das entsprechende Abkommen einfach nicht zu unterzeichnen. Dies bedeutet für heute, mit der EU ohne Zeitdruck verhandeln – Ja, sich über den Tisch ziehen lassen – Nein! Die heutige EU ist keineswegs verlässlicher zu werten, als die USA vor der grossen Finanzkrise.

Hans Isenschmid, Egolzwil

Zentralschweizer Mobilitätsstrategie auf dem Prüfstand

Gotthardstrassentunnel, Achsenstrasse, Seetalplatz, Bypass Luzern mit Spange Nord, Neat, Zimmerberg-Tunnel und Durchgangsbahnhof Luzern: Dies sind entscheidende Verkehrsprojekte, welche den Wirtschafts- und Lebensraum Zentralschweiz stärken und fit für die Zukunft machen. Aufeinander abgestimmt und koordiniert umgesetzt, wird diese Mobilitätsstrategie erfolgreich. Unsere Gesellschaft steht vor dem Dilemma, dass einerseits mehr Raum für Wohnen und Mobilität benötigt wird, dass aber andererseits auch mehr Grünflächen für Landwirtschaft und Erholung verlangt werden. Zudem müssen der motorisierte Individualverkehr und der öffentliche Verkehr sinnvoll ergänzt werden.

Hier braucht es breit abgestützte und tragfähige Lösungen. Gemeinsam stehen wir in der Verantwortung, damit wir als Gesellschaft uns auch in Zukunft frei und nach unseren Bedürfnissen bewegen können. Wir sind es

uns und unseren Nachkommen schuldig, dass wir die Zukunft mit Weitsicht planen. Ich bin überzeugt, dass die erwähnten Projekte raumplanerische und wirtschaftliche Impulse setzen. Unsere Tourismusregion sowie die Wirtschaft sind auf gute Verbindungen auf Schiene und Strasse angewiesen. Packen wir unsere Chancen und setzen diese gemeinsam um! Sonst stellen wir uns selber auf das Abstellgleis!

Damian Müller,
Ständerat FDP, Hitzkirch

Die Rubrik «Leserbriefe» dient der freien Meinungsäusserung. Die veröffentlichten Leserbriefe müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Die Länge soll sich auf maximal 80 Zeilen beschränken (2700 Zeichen). **wb**

BRIEF

aus dem Kantonsrat



Robi Arnold
SVP, Reiden

Die Produzentenpreise in der Landwirtschaft sind am Boden, ja sogar teilweise unter der Erdoberfläche. Die vor- und nachgelagerten KMU stehen immer mehr unter dem Preisdruck

Wohin soll die Reise gehen?

in der Landwirtschaft. Investitionen können nur noch behutsam angegangen werden, denn weitere Neuerschulungen sind schlichtweg nicht mehr tragbar. Somit ist die Landwirtschaft wie auch die kleineren und mittleren KMU diesen enormen Herausforderungen kaum mehr gewachsen. Da diese Betriebe alle Standort gebunden sind, brauchen sie überlebensnotwendige Zukunftsperspektiven. Doch die aufgelegte Zukunftsstrategie des

Bundes und der Kantone führen den Mittelstand an die Wand und somit in den Ruin. Wer sorgt dafür, dass wir jeden Tag was Essbares auf dem Teller haben und vor allem: Wer bietet diese vielschichtigen Arbeitsplätze an, wenn es da nicht die Bauern und das Gewerbe gäbe? Tagtäglich sind diese Berufsgruppen um das Wohl ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger besorgt und setzen sich für einen reibungslosen Arbeits- und Lebensablauf in der Allgemeinheit ein. Es ist daher umso verständlicher, dass unsere Gesellschaft zur Wegwerfgesellschaft verkommen ist und dies auf der ganzen Konsumebene.

Die Energiestrategie 2050 von Bundesrätin Leuthard ist für die Landwirtschaft sowie die kleineren und mittleren KMU eine weitere Hiobsbotschaft. Wer glaubt, dass es sich bei diesem Energiesgesetz nur um den Strom aus der Steckdose handle, ist da gewaltig auf dem Irrweg. Ich frage mich, wie künftig unsere Landwirtschaft und die KMU mit den damit ansteigenden Diesel- und Benzinpreisen noch existenzfähig bleiben? Ständig müssen wir bei stetiger Aufstockung des administrativen Aufwands sinkende Produzentenpreise entgegennehmen. Ja, meine Damen und Herren, Sie haben richtig gelesen, nicht

nur der Strom aus dem Netz verteuert sich, nein, auch Benzin, Diesel, Heizöl usw. Auch Hauseigentümer werden bei Annahme des Energiesetzes tiefer in die Tasche greifen müssen, denn gemäss der bundesrätlichen Botschaft rechnet der Bund selber mit Kosten von rund 200 Milliarden Franken bis ins Jahr 2050. Dies ergibt dann jährliche Mehrkosten von rund 5 bis 7 Milliarden Franken. Bei der aktuellen Einwohnerzahl von 8,2 Millionen Einwohnern ergibt dies jährlich 800 Franken pro Einwohner und somit für einen 4-köpfigen Haushalt jährliche Mehrkosten von 3200 Franken. Wollen Sie das wirklich? Dies ist auch ein Frontalangriff gegen Unternehmer, KMU und Gewerbe.

Daraus resultieren unweigerlich höhere Energiepreise, höhere Produktionskosten und zwingende Gebäudesanierungen sowie daraus resultierte Produktionsvorschriften, wie das Ersetzen der bestehenden Fahrzeugflotten und der Heizungen (Verbot Ölheizung). Die Benzin- und Dieselpreise werden in die Höhe schnellen und dürften vor allem unsere Landregionen stark betreffen. Eine Erhöhung auf 3 Franken je Liter dürfte dann bald realistisch sein und weitere Erhöhungen sind ab dem Jahr 2018 um je 1 Franken pro Jahr und Liter angedacht (kein öV oder nur

begrenzt). Die Landwirtschaft wird an ihre Grenzen stossen und diese sogar massiv überschreiten müssen. Unsere Arbeiten sind ohne Diesel, Benzin und Gas nicht denkbar, und auf den Strom aus dem Netz sind wir tagtäglich angewiesen, denn ohne Strom geht nun mal gar nichts mehr. Das Melken, die Heubelüftung, die Lüftungs- und Fütterungsanlagen, diesel- und benzinbetriebene Motoren usw. Bei den jetzt schon desolaten Produktpreisen ist eine solch massive Erhöhung der Energiekosten nicht mehr verkraftbar. Auch das Berggebiet würde dieses Energiesetz arg zu spüren bekommen. Massive Vorschriften betreffend Motorisierung bei 4x4-Fahrzeugen, was zu einer starken Verteuerung der Mobilität führen wird. Gerade die Bergregionen sind auf das Auto angewiesen und werden somit zur Milchkuh der Nation. Hier hat bekanntlich keiner Trammsschienen vor dem Haus.

Sie sehen, das neue Energiesetz, die Energiestrategie 2050 ist so nicht umsetzbar, sie gleicht einer Diktatur von Bundesbern. Wir brauchen dieses Gesetz in dieser Form nicht, es ist nicht nachvollziehbar, unsere eigenen kontrollierbaren Energieträger durch Strom aus dem Ausland zu ersetzen

und uns somit einen weiteren Schritt in Richtung Abhängigkeit zu begeben. Die Wiederinbetriebnahme und Förderung der Kohlekraftwerke im nahen Ausland sollte eigentlich zum Denken anregen. Ist es ökologisch sinnvoll, diese CO₂-Emissionen zu fördern? Oder verschliessen wir da die Augen, weil dies nicht in unserem Land betrieben wird. Wer glaubt, mit einem Vorhang an der Grenze sei dies gelöst, lebt blauäugig. Wir haben Potenzial in der Wasserkraft, die leider von denselben Personengruppen bekämpft wird, welche auch die Atomkraft abschaffen wollen. Gerade unser Bauernverband sollte sich gut überlegen, wie er sich zu dieser Abstimmung äussert, denn bei mir erhärtet sich der Verdacht, dass unsere Bauernvertreterorganisationen uns wirklich lieber «vertreten» als unterstützen. Dieses Gesetz ist eines der grössten Projekte einer Verstaatlichung, Regulierung und Zentralisierung seit Jahrzehnten. Dieses Energiesetz ist im wahrsten Sinne eine kalte Dusche für unser Schweizervolk. Geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger, setzen Sie ein Zeichen am 21. Mai 2017 und lehnen Sie das ruinöse Energiesetz ab. Mit einem Nein sagen sie Ja zu bezahlbarer Energie und somit Ja zur neutralen, eigenständigen und freien Schweiz.